

Resolution: ***EVG gemeinsam gegen rechts!***

In Zeiten, in denen die Ungleichheit wächst, der soziale Zusammenhalt bröckelt und rechtes Gedankengut immer stärker verfängt, kommt es mehr denn je auf starke Gewerkschaften an. Als Gewerkschafter:innen fühlen wir uns unserer Tradition und unserem antifaschistischen Erbe verpflichtet: In Solidarität vereint – für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Im Januar 2024 veröffentlichte das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV seine Recherchen zum „Geheimplan gegen Deutschland“. Aufgedeckt wurden Pläne der extremen Rechten, Millionen von Menschen außer Landes bringen und damit sinngemäß deportieren zu wollen, darunter auch deutsche Staatsbürger:innen.

Diese aktive Zusammenarbeit rechtsextremer und rechtskonservativer Kreise war ein Weckruf und löste im gesamten Land Massendemonstrationen aus. Gemeinsam mit zahlreichen Akteur:innen der Zivilgesellschaft beteiligten sich viele Mitglieder der EVG an diesen eindrucksvollen Protestkundgebungen.

Das Gefühl der Betroffenen von Deportationsfantasien, in unserem Land sicher leben zu können, schwindet immer stärker und muss uns alle dazu aufrufen, noch mehr gegen demokratiezersetzende und menschenfeindliche Bestrebungen und Wahlversprechen zu unternehmen.

Für uns ist klar: Wer Hetze gegen unsere Kolleg:innen mit Migrationsgeschichte betreibt, Deportationspläne schmiedet und rechtes Gedankengut vertritt, spaltet nicht nur die bunte Eisenbahner:innenfamilie, sondern ist eine Gefahr für die Demokratie und unsere offene Gesellschaft. Wir dürfen nicht schweigen – Widerstand ist Pflicht, schon aufgrund unserer Geschichte.

Gemäß ihrer Satzung und ihrem gelebten Selbstverständnis bekennt sich die EVG zu den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Wir stehen zum vereinten, demokratischen Europa und widersetzen uns antidemokratischen und faschistischen Bestrebungen. Als EVG stehen wir für Vielfalt, Respekt und Wertschätzung. Auf der Grundlage des Grundgesetzes fördern wir aktiv die Chancengleichheit und Teilhabe in Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft – unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, ethnischer Herkunft, Religion und Nationalität.

Resolution: ***EVG gemeinsam gegen rechts!***

Schon 2019 haben wir in einem Unvereinbarkeitsbeschluss eindeutig klargemacht, dass die Ziele und Positionierungen von rechtsextremen Parteien und Organisationen wie der AfD mit denen der EVG unvereinbar sind. Diesen Beschluss bekräftigen wir heute noch einmal.

Jede Stimme für die AfD, deren Landesverbände sowie deren Jugendverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als „gesichert rechtsextremistisch“ gelten, schadet der Demokratie insgesamt, aber auch den Interessen der Beschäftigten. Die AfD ist eine Partei, die gewerkschaftsfeindlich ist und soziale Errungenschaften zurückdrehen will – dagegen werden wir uns im Schulterschluss mit unseren Schwestergewerkschaften des DGB zur Wehr setzen.

Angesichts der Größe der Aufgabe, der fundamentalen Herausforderung für den Zusammenhalt in unserem Land, rufen wir jedoch alle Gewerkschaften zur „Einheit gegen rechts“ auf. In Anbetracht der braunen Gefahr, müssen alle Eisenbahner:innen bei dieser Frage zusammenstehen. Denn die Einheit der Arbeiter:innenbewegung gegen den Faschismus ist für uns eine zentrale Lehre aus der deutschen Geschichte. Wenn wir zusammen in den Betrieben Flagge gegen Hetze und Ausgrenzung zeigen, hat der Hass keine Chance. Nie wieder ist jetzt!

Alle sind aufgefordert, in den Betrieben aktiv auf Kolleg:innen zuzugehen und sich aktiv mit Parolen auseinanderzusetzen: Gerade dort, wo diese auf fruchtbaren Boden zu fallen scheinen. Wir müssen in persönlichen Gesprächen Haltung zeigen und so zum Nachdenken anregen. Denn eine Stimme für die AfD schadet den ökonomischen und sozialen Interessen der Beschäftigten.

Dafür braucht es auch eine Stärkung der demokratischen Teilhabe in den Betrieben und Dienststellen. Deshalb fordern wir gemeinsam mit dem DGB und unseren Schwestergewerkschaften dafür mehr gesetzliche Freistellungszeit: Um Ideen zu den eigenen Arbeitsbedingungen oder aktuelle gesellschaftliche Themen miteinander zu erörtern, schlagen wir eine sogenannte Demokratiezeit vor. Gleichzeitig gilt es bestehende Möglichkeiten zu nutzen: die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb befindet sich bereits im Betriebsverfassungsgesetz. Wir sind zudem davon überzeugt, dass Sozialpartnerschaft auch Demokratiepartnerschaft bedeutet und setzen uns dafür ein, Initiativen gegen rechts und zur Stärkung der Demokratie zu ermöglichen.

Nie wieder ist jetzt – Eisenbahner:innen und Busfahrer:innen gemeinsam gegen rechts.